

E 2001 (D) 9/1

*Le Directeur de la Division du Commerce du Département
de l'Economie publique, J. Hotz,
au Chef de la Division des Affaires étrangères du
Département politique, P. Bonna*

L

Bern, 4. Juli 1941

Wir beehren uns Ihnen mitzuteilen, dass die Intensivierung unseres Maschinenexportes nach der UdSSR den Aufenthalt einer sowjetischen Einkaufskommission und einer Abnahmekommission in der Schweiz zur Folge hatte. Die



Mitglieder, die zum Teil von ihren Familien begleitet sind, halten sich in Baden, Kt. Aargau, auf und wurden daselbst vom Kriege zwischen Deutschland und der Sowjetunion überrascht. Nach Ausbruch der Feindseligkeiten hat sich ein Beauftragter der 32 Personen zählenden «Kolonie» sofort mit uns in Verbindung gesetzt, um die Möglichkeiten einer Rückkehr in die Heimat abzuklären. Er regte die Rapatriierung über Frankreich an, und wir ermöglichten ihm eine telephonische Unterredung in russischer Sprache mit der Sowjetischen Botschaft in Vichy. Durch den zwei Tage später erfolgten Abbruch der diplomatischen Beziehungen zwischen der Sowjetunion und Frankreich ist nun auch diese Route versperrt. Die Heimschaffung könnte demnach nur noch mit ausdrücklicher Zustimmung der zuständigen deutschen, französischen oder italienischen Regierung erfolgen, die gegebenenfalls durch geeignete Schritte unserer Gesandtschaften zu erwirken wäre. Die sich bei uns aufhaltende Gruppe könnte allenfalls dem Personal der sowjetischen Vertretungen in einem der genannten Länder angeschlossen und auf dem Austauschwege abgeschoben werden.

Mit dieser Lösung können sich die sowjetischen Staatsbürger allerdings nicht befrieden. Sie würden die Internierung an ihrem heutigen Aufenthaltsorte oder schlimmstenfalls in einem schweizerischen Sammellager vorziehen. Da die Leute über genügend finanzielle Mittel verfügen, liesse sich eine solche Massnahme rechtfertigen. Die Erfüllung dieses Wunsches dürfte aber nicht ohne weiteres in Frage kommen, weil einerseits einzelne Pässe in Bälde ablaufen, andererseits die Dauer des Krieges nicht abzusehen ist, sodass im Falle der Internierung Gefahr besteht, dass eines Tages alle sowjetischen Ausweispapiere verfallen und deren Verlängerung bezw. Erneuerung durch allfällige politische Umwälzungen unmöglich sein wird.

Angesichts dieser Sachlage bitten wir Sie, gegebenenfalls im Einvernehmen mit der Polizeiabteilung die Möglichkeiten der Heimschaffung der sowjetischen Beamten prüfen und uns die Ihnen zweckmässig erscheinenden Massnahmen hiefür bekanntgeben zu wollen¹.

Auf Grund eines mündlichen Berichts unserer Gesandtschaft in Vichy soll die spanische Regierung die Durchreise des sovietrussischen Botschaftspersonals nicht gestatten, weshalb die französische Regierung sich zur Ermöglichung des Transportes an die italienische Regierung gewandt habe, deren Antwort noch ausstehend sei. Wie wir von unserer Gesandtschaft in Rom vernommen haben, wäre eine Weiterreise, auch über italienisches Gebiet, nur über Deutschland möglich, sodass sich die Frage stelle, ob die Reiseroute nicht besser von vornherein über die Schweiz gewählt würde. Bei der französischen Regierung ist anscheinend keine grosse Bereitwilligkeit zur Berücksichtigung unseres An-

1. *En date du 7 juillet, le DPF répond:* Wir bedauern, dass uns über den Aufenthalt der 32 Köpfe zählenden Mitglieder der beiden Sovietkommissionen nicht früher etwas bekanntgeworden ist, indem die Ausreisemöglichkeiten sich nunmehr zweifellos verringert haben. In der Tat scheint das Personal der Sovietbotschaften in Berlin und Rom bereits abgereist zu sein, während dasjenige der Sovietbotschaft in Vichy an der spanischen Grenze, bereit zum Verlassen des französischen Gebiets, weilt.

9 JUILLET 1941

227

liegens festzustellen, da es sich nicht um diplomatisches Personal handle und die Transitstaaten bisher nicht begrüsst worden seien.

Wir haben die Schweizerische Gesandtschaft in Vichy nichtsdestoweniger gebeten, die Angelegenheit weiter zu verfolgen und haben ihr eine Abschrift der Liste der sovietrussischen Mitglieder der beiden Kommissionen zugehen lassen. Wir behalten uns vor, auch mit der deutschen Regierung Fühlung zu nehmen und Ihnen über die weitere Entwicklung der Sache zu berichten.